

MFG lehnt staatliche Kennzeichnungspflicht bei „Shrinkflation“ ab!

MFG lehnt staatliche Kennzeichnungspflicht bei Shrinkflation ab. Forderung nach Markttransparenz und Eigenverantwortung.

Ort, Österreich - Am 24. April 2025 hat die MFG im Ausschuss für Gesundheit und Soziales einen Antrag zur verpflichtenden Kennzeichnung von Füllmengenänderungen bei gleichbleibendem Preis abgelehnt. Dies berichtet **OTS**. Die MFG steht dem Ansatz der Kennzeichnungspflicht kritisch gegenüber und betont, dass der Konsumentenschutz nicht durch neue gesetzliche Vorgaben, sondern durch Markttransparenz und politische Ehrlichkeit gestärkt werden sollte.

Die Praxis der „Shrinkflation“ wird von der MFG kritisiert, jedoch wird der eingebrachte Antrag als Symbolpolitik verstanden, die an den wahren Ursachen der Problematik vorbeigehe. SPÖ und Grüne fordern staatliche Zwangsmaßnahmen, was die MFG als schädlich ansieht. Stattdessen setzt die MFG auf Eigenverantwortung und freiwillige Lösungen, um die inflationären Tendenzen in der Wirtschaft zu adressieren.

Shrinkflation im Überblick

Shrinkflation, eine Kombination aus „Shrink“ (schrumpfen) und „Inflation“, beschreibt die Praxis, die Größe oder Menge eines Produkts während einer Inflationsperiode zu reduzieren, während der Preis gleich bleibt. Verbraucher empfinden diese Entwicklung häufig als Vorteil, da sie so Produkte zum gleichen

Preis wie im Vorjahr erwerben können, während die Preise für andere Waren steigen. **Economicsonline** stellt neue Arten der Shrinkflation vor, die im Lebensmittel- und Getränkeindustrien weit verbreitet sind und sowohl die Produktqualität als auch die Menge betreffen können.

Ein Beispiel für Shrinkflation ist, wenn eine Schokoladentafel von 60 Gramm auf 55 Gramm reduziert wird, ohne dass der Preis steigt. Diese versteckte Form der Inflation ist nicht illegal, da die Verpackung weiterhin das Gewicht oder das Volumen angibt. Kritiker bezeichnen sie jedoch als unfaire und irreführende Praktik, die die Wahrnehmung des Verbrauchers beeinflusst.

Diskussion über Lösungen

Die MFG fordert eine ehrliche Debatte über die wahren Preistreiber, die sie in einer politischen Fehlsteuerung, der Energiepolitik und CO₂-Abgaben sieht. Gesetzliche Kennzeichnungspflichten würden laut MFG zusätzliche Auflagen für Produzenten mit sich bringen, besonders für kleine und mittlere Unternehmen, was sich negativ auf die Endpreise auswirken könnte. Daher schlägt die MFG Alternativen vor, um die Situation zu verbessern:

- Freiwillige Selbstverpflichtungen statt staatlicher Zwangskennzeichnung
- Stärkung des Wettbewerbs für faire Angebote
- Verbraucherbildung durch Eigeninitiative
- Politische Aufarbeitung der Ursachen von Teuerung und Vertrauensverlust

In der aktuellen Debatte über Shrinkflation wird auch die Qualität moderner Produkte in Frage gestellt. **Startuptalky** weist darauf hin, dass Verbraucher oft das Gefühl haben, dass die Qualität gesunken ist. Dies geschieht häufig trotz technologischer Fortschritte, die normalerweise die Qualität steigern sollten. Ein Rückgang der Produktqualität kann unter anderem auch zu einem Vertrauensverlust führen.

Abschließend lässt sich sagen, dass Shrinkflation eine komplexe Herausforderung darstellt, die nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die Preistransparenz hat, sondern auch langfristige Konsequenzen für das Vertrauen der Verbraucher in die Marken mit sich bringen kann. Die MFG positioniert sich klar gegen eine staatliche Bevormundung und fordert stattdessen mehr Eigenverantwortung und Markttransparenz, um den Bedürfnissen der Verbraucher gerecht zu werden.

Details	
Ort	Ort, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.economicsonline.co.uk• startuptalky.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at